



GEMEINDE NIEDERNBERG

BESCHLUSSVORLAGE

103/2018

Federführung:	Allgemeine Verwaltung	Datum:	25.06.2018
Bearbeiter:	Kathrin Hock	EAPL:	0441

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Haupt- und Finanzausschuss	03.07.2018	öffentlich

Beitritt zum Gruppenversicherungsvertrag des Bayerischen Gemeindetags (Rechtsschutzversicherung)

Vorschlag zum Beschluss:

Der Gemeinderat der Gemeinde Niedernberg beschließt die Kommunale Rechtsschutzversicherung inkl. Streitigkeiten vor Vergabekammern und Rechtsschutz für Immobilien Versicherung mit einer Selbstbeteiligung von 250 € abzuschließen. Außerdem wird eine Spezialstraf- und Verkehrsrechtsschutzversicherung abgeschlossen.

Sachverhalt:

Im Jahr 2008 wurde vom Bayerischen Gemeindetag mit der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG ein Rechtsschutzversicherungsvertrag abgeschlossen, welcher am 31.12.2018 ausläuft, weshalb der Gruppenversicherungsvertrag neu entwickelt und europaweit ausgeschrieben wurde. Ab 01.01.2019 gilt ein neuer Vertrag, für den wieder die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG aus Düsseldorf den Zuschlag erhalten hat.

Um hierüber mitversichert zu sein, muss eine Gesamtprämie jährlich im Voraus am 02.01. des Versicherungsjahres gezahlt werden.

Bisher hatte die Gemeinde Niedernberg die **Kommunale Rechtsschutzversicherung inkl. Streitigkeiten vor Vergabekammern und Rechtsschutz für Immobilien (KW)** mit einer Selbstbeteiligung von 1.000 € und einer Prämie von 0,98 € je Einwohner. Bei 5.000 Einwohnern wären das 4.900 € im Jahr.

Auf Grund des neuen Vertrags gibt es zwei verschiedene Varianten:

1. KW mit 250 € Selbstbeteiligung

1,03 € pro Einwohner; bei 5.000 Einwohnern wären das 5.150 € im Jahr

2. KW mit 1.000 € Selbstbeteiligung

0,90 € pro Einwohner; bei 5.000 Einwohnern wären 4.500 € im Jahr

Bei Variante 1 wären das 650 € an Kosten im Jahr mehr, wobei man bei einem Rechtsstreit nur eine Selbstbeteiligung von 250 € hätte, also 750 € Selbstbeteiligung weniger als bei Variante 2.

Außerdem gibt es die **Spezialstraf- und Verkehrsrechtsschutzversicherung (SV)**. Diese hat

nochmal einen höheren Strafrechtsschutz und auch einen Verkehrsrechtsschutz, worüber Unfälle bei Dienstfahrten abgedeckt werden, wenn z. B. über die Schuldfrage gestritten wird. Diese würde 0,07 € pro Einwohner kosten, also bei 5.000 Einwohnern 350 € im Jahr.

Die Gemeindeverwaltung empfiehlt die Variante (Rechtsschutzversicherung, 250 Euro Selbstbeteiligung) sowie die Spezial- und Verkehrsrechtsschutzversicherung abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

JA:

Nein:
